



Sozialhilfebezüger sollen zum Assessment antreten

Wer Sozialhilfe bezieht, soll künftig gezielt weitergebildet werden. Aber nicht mit Zwang - wer nicht kooperiert, soll motiviert werden.

Janine Hosp

273 000 Personen haben 2016 Sozialhilfe bezogen, und es könnten noch mehr werden. Das Problem: Die Anforderungen an die Arbeitnehmer steigen durch die Digitalisierung ständig, der Ausbildungsstand von schlecht qualifizierten Arbeitskräften hingegen nicht. Jeder Zweite, der sozialhilfeabhängig wird, hat keinen Berufsabschluss. «Wenn wir untätig bleiben, bezahlen alle dafür, die öffentliche Hand wie auch die Betroffenen», sagte Felix Wolffers, Co-Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) gestern vor den Medien.

Heute werden Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe möglichst rasch in ein Arbeitsprogramm oder in den Arbeitsmarkt integriert. Aber diese Strategie geht je länger, desto weniger auf: Die Teilnehmer von Arbeitsprogrammen finden oft keine Stelle bei einem Unternehmen, weil es immer weniger Arbeit für Ungelernte gibt. So werden für sie Arbeitsprogramme zur Sackgasse. Zusammen mit dem Schweizerischen Verband für Weiterbildung startet die Skos deshalb eine Weiterbildungsoffensive. Statt Sozialhilfebezüger möglichst rasch beschäftigen zu wollen, sollen sie künftig gezielt weitergebildet werden. 75 000 der 194 000 erwachsenen Bezüger könnten dadurch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich erhöhen, schätzen die beiden Organisationen. Bei etlichen müsse man aber auch akzeptieren, dass sie keine Stelle mehr fänden, sagte Raphael Golta, SP-Sozialvorsteher der Stadt Zürich. Dies sind insbesondere ältere Personen, die bald pensioniert werden, oder solche mit gesundheitlichen Problemen, die früher noch eine IV-Rente bekommen hätten. Viele Bezüger haben auch eine Arbeit, verdienen aber nicht genug, um

davon leben zu können.

Künftig soll jede Person, die Sozialhilfe beantragt, ein eigentliches Assessment durchlaufen; Mitarbeiter von Sozialämtern führen eine Standortbestimmung durch und erstellen einen Bil-



Matthias Aebischer. Felix Wolffers.

dungsplan. Bei manchen wäre ein Berufsabschluss jedoch kaum möglich, denn jedem Dritten mangelt es an Grundlegendem: Sie können etwa schlecht lesen und schreiben oder haben wenig Sinn für Pünktlichkeit. So müssen sie erst an diesen Defiziten arbeiten. In einem zweiten Schritt können sie sich zum Beispiel zur Pflegehilfe ausbilden und in einem dritten eine Berufslehre machen. Gemäss Felix Wolffers haben vor allem über 50-Jährige massive Probleme auf dem Arbeitsmarkt und benötigen Weiterbildung. Für Flüchtlinge sind spezielle Programme erforderlich.

Zwang ist demotivierend

Der Bildungsplan ist verbindlich, aber den Bezügerinnen soll nicht wie anhin die Sozialhilfe gekürzt werden, wenn sie nicht kooperieren. «Qualifikation funktioniert nur mit Eigenmotivation», sagte Golta. Würde ein Bezüger bestraft, so habe sich gezeigt, könne ihn dies völlig demotivieren. In Städten wie Zürich oder Freiburg werden Sozialhilfebezüger schon heute gefördert; in ländlichen Gemeinden hingegen geht es mehr um die Existenzsicherung. Um diese Strategie zu verwirklichen, braucht es kein neues Gesetz, aber deutlich mehr Geld: Heute wendet der Bund innert vier Jahren 15 Millionen für die Weiterbildung von Sozialhilfebezügerinnen auf, künftig sollen es 260 Millionen sein, fordern die Initianten der Offensive. Das entspricht

einem Prozent jener Summe, welche der Bund für Bildung und Forschung ausgibt. Letztlich würde die öffentliche Hand dank der Weiterbildung aber mehr Geld sparen, als dass sie dafür ausbebe, sagt Matthias Aebischer, SP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Verbands für Weiterbildung. Wird eine Person mit 25 Jahren zum Sozialfall und bezöge sie darauf bis zur Pensionierung jedes Jahr 25 000 Franken, dann kostete sie die öffentliche Hand 1 Million Franken. Finden pro Jahr aber nur schon 65 junge Bezüger eine Anstellung, sind die Ausgaben kompensiert.

Bei der Skos schätzt man aber, dass von den 75 000 Bezügerinnen, die auf dem Arbeitsmarkt eine Chance hätten, 20 000 bis 30 000 Arbeit fänden. In der Stadt Freiburg kamen gar 60 Prozent von jugendlichen Sozialhilfebezügerinnen dank Förderung zu einer Beschäftigung, wie FDP-Gemeinderätin Antoinette de Weck sagte.

Bis die Weiterbildungsoffensive greifen könnte, wird es allerdings einige Zeit dauern. Der Bund gibt alle vier Jahre knapp 26 Milliarden für Bildung, Forschung und Innovation aus. Die Initianten der Offensive fordern, dass ein Teil dieser Summe zugunsten der Weiterbildung umverteilt wird. Das aber ist frühestens auf das Jahr 2021 hin möglich. 2019 wird das Parlament voraussichtlich die entsprechende Botschaft des Bundesrats behandeln.